Signal aus der 3. Friedenswerkstatt Bonn an die Evangelische Kirche im Rheinland

„Wider die Kriegstüchtigkeit – Schritte zu Friedensfähigkeit“

Am 10. Januar fand auf Einladung des Arbeitskreises Frieden der Ökumenischen Gruppen und Netze in der Evangelischen Kirche im Rheinland (AKF), des Evangelischen Forums Bonn und des Regionalen Dienstes der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) die 3. Friedenswerkstatt statt.

1. Wir kommen von Weihnachten her.
Die Geburt Jesu Christi ist die Friedenszusage Gottes an unsere gewalttätige Welt. Sie ist die entscheidende Zeitenwende für uns Christinnen und Christen. Das Kind in der Krippe war wehrlos und verletzlich. Das gewaltfreie Leben Jesu Christi für Gottes Schalom bis ans Kreuz wirkte gegen die damalige militärisch-imperiale Pax Romana. Für uns heute bleibt es Grund und Verheißung, als Kirche diesem Jesus mit unserem Zeugnis in Wort und Tat im Einsatz „für Gerechtigkeit, Frieden und (die) Bewahrung der Schöpfung, für die Achtung der Würde eines jeden Menschen, (für) ein respektvolles und gleichberechtigtes Zusammenleben in Vielfalt“ (Art. 1 KO) zu folgen.

2. Wir nehmen wahr,
dass unter dem Begriff „Zeitenwende“ eine milliardenschwere Aufrüstung in Gang gesetzt wird. Kriegstüchtigkeit und militärische Stärke ist das neue Paradigma deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie wird auch gesamtgesellschaftlich im Bildungs- und Gesundheitswesen verfolgt. Die zivilen Instrumente der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung werden massiv abgebaut. Sie werden als unrealistisch und unwirksam zur Überwindung der globalen Konflikte und von Kriegen verunglimpft. Die innergesellschaftlichen wie internationalen Konflikte und Verteilungskämpfe um Gesundheit, soziale Mindeststandards, Energie, Rohstoffe und Wohlstand nehmen in erheblichem Maße zu. Dadurch erodiert der gesellschaftliche Zusammenhalt, Demokratie gerät weltweit unter Druck. Die globalen nur gemeinsam zu lösenden Probleme wie der Klimawandel, die politische Reform der UN, die Wiederherstellung einer regelbasierten und völkerrechtskonformen Friedensordnung oder Wege hin zu mehr Handelsgerechtigkeit kommen nicht einmal mehr in den Blick. Die zerstörerische Rolle des Militärs beim Klimawandel wird verschwiegen.

3. Wir widersprechen
… einer Sprache, die Feindschaft schürt, politische Gegner dämonisiert, Feindbilder verfestigt und so Angst und Unsicherheit verbreitet

… einem Gut-Böse-Denken, das eigene Anteile an gegenwärtigen Konfliktlagen ausblendet, das nach dem Scheitern vergangener Militäreinsätze, die bis heute nicht wirklich aufgearbeitet sind, weiterhin an rein militärischen „Scheinfriedenslösungen“ festhält

… der Umdeutung des Begriffes ‚Nachhaltigkeit‘, wenn Militärs und die Lobbyarbeit der Rüstungsindustrie in Nachhaltigkeitsfonds drängen und Fonds zu Environment, Social und Governance (ESG-Fonds) in Atomwaffen anlegen dürfen (siehe „Wirtschaften für das Leben“, EKiR 2008, S. 44)

… mit unseren Geschwistern der United Church of Christ (UCC) der Vereinnahmung und Verfälschung des christlichen Glaubens für nationalistische, rechtspopulistische und rassistische Ziele in den USA wie auch bei uns

… der EKD, die in ihrer Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung - Gerechter Friede im Blick“ (2025) einen Paradigmenwechsel vornimmt. Sie unterstützt und legitimiert eine Politik, die vorwiegend auf militärische Stärke setzt. Die EKD entwertet das Friedenszeugnis der Ev. Kirchen in der DDR zu Kriegsdienst- und Totalverweigerung und reduziert die Nachfolge des gewaltfreien Jesus auf die Frömmigkeit des Einzelnen ohne politische Relevanz. Sie billigt trotz der Ächtung der Atomwaffen die Drohung mit Atomwaffen und die nukleare Teilhabe als eine ethisch legitime Entscheidung.

4. Geeignete Schritte zur Friedensfähigkeit sind
… die konkrete Weiterführung des Friedenswortes der Ev. Kirche im Rheinland von 2018 auf dem Weg zu einer Kirche des Gerechten Friedens, auch im Hören auf die Stimmen der UCC und der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (Friedenswort der EKiR 2018, Abs. 2)

… die Verankerung der Friedensbildung zur Gewaltfreiheit als ureigenen kirchlichen Auftrag in der kirchlichen und der schulischen Bildungsarbeit. Die Schulen in kirchlicher Trägerschaft können und sollen hier stilbildend sein. (Friedenswort der EKiR 2018, Abs. 7.5)

… als Kirche gesellschaftliche Diskursräume schaffen, in denen in wertschätzender Gesprächskultur auch gegensätzliche Meinungen ausgesprochen werden, um Lernprozesse anzustoßen und Demokratie gelebt werden kann

… die Förderung von Kapazitäten zur Beratung von jungen Menschen angesichts der drohenden Wehrpflicht und zur Gewissensbildung

… die Wiedereinführung freiwilliger Friedensdienste in der EKiR und die finanzielle Ausstattung der Friedensorganisationen im Bereich der EKiR

… Initiativen wie „Sicherheit neu denken“ als „politische(n) Impulsgeber“ und „Ausdruck gelebter Frömmigkeit“ (Denkschrift 2025 (14)) mit ihrer Jugendorganisation „peace for future“ inhaltlich und finanziell zu unterstützen

… sich in Netzwerke einzubringen, die nicht-militärische Ansätze der Sozialen Verteidigung, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Diplomatie verfolgen (Bündnis „Rheinmetall entwaffnen“, Church and Peace, IPPNW, ICAN…)

… im Krieg den Frieden vorbereiten: zivilgesellschaftliche Kontakte zur „anderen Seite“ stärken (z.B. Initiative Pskow; Kontakte aus der Versöhnungsarbeit mit ehemaligen Zwangsarbeitern, Partnerschaften in Israel und Palästina, jüdisch-palästinensische Organisationen wie z.B. Combatants for Peace)

… Geld und Know-how vorsehen für die öffentliche Sichtbarkeit des kirchlichen Friedensauftrages, der Botschaft der Hoffnung und Freiheit, ihren Einsatz für Gerechtigkeit in den sozialen Medien

5. Wir fordern unsere Kirche in all ihren Gliederungen auf

… in Politik und Gesellschaft für eine Friedensbildung schulisch und außerschulisch einzutreten, die dem Friedensauftrag des Grundgesetzes und der Länderverfassungen entspricht

… für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung auch gegenüber der Politik einzutreten: Asyl für z.B. Verweigerer aus der Ukraine und aus Russland

… für das Recht auf Gewissensentscheidung zur Kriegssteuerverweigerung einzutreten

… sich für den Ausbau und die rechtliche und finanzielle Absicherung freiwilliger Friedensdienste durch die Politik einzusetzen

… deutlich öffentlich Stellung zu nehmen gegen die zunehmende Militarisierung der Sprache sowie der internationalen Beziehungen, gegen die Bereicherung zugunsten nationaler wie persönlichen Interessen in Politik und Gesellschaft (Rohstoffe, Grund und Boden, Rüstungsaktien, Grundwasser…)

… sich für die Beendigung der weltweit friedensethisch verurteilten ‚nuklearen Teilhabe' durch die BRD (ÖRK 1983 Vancouver) und einzusetzen und die Politik zu drängen, ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag wahrzunehmen und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten

… gemeinsam mit Friedensorganisationen gegen die geplante Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland Stellung zu beziehen, neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle zu fordern und - in ökumenischer Verbundenheit - für eine multilaterale Weltordnung einzutreten, die die Stimmen des ‚Südens' in Sachen gerechter Frieden angemessen zur Geltung bringt.

Bonn, 10. Januar 2026

für die Friedenswerkstatt

Wilfried Drews, Ulrich Frey, Helmut Müller, Reinhard Schmeer